

Der Fall des Kommunismus in Polen trug sehr schnell zu einer Diskussion über die Bilanz der Volksrepublik Polen bei. Die Diskussionen darüber wurden vor allem in der Presse geführt (*Tygodnik Powszechny*, *Gazeta Wyborcza* und andere). An ihr nahmen bekannte polnische Historiker, Soziologen, Politologen und Publizisten teil (zum Beispiel Jerzy Holzer, Jakub Karpinski, Krystyna Kersten, Marcin Kula, Jan Nowak-Jezioranski und andere mehr). Dabei sind einige charakteristische Strömungen zu nennen. Es stellte sich die Frage nach der Souveränität, nach dem totalitären Charakter des Staates und der Beziehungen zwischen dem Staat/der Partei und der Gesellschaft. Es gibt eine übereinstimmende Meinung, dass der polnische Staat der UdSSR unterworfen war. Diese Unterwürfigkeit war in unterschiedlichen Perioden größer oder kleiner. Die Polen betrachteten ihren Staat als eigenen, obschon sie sich mit den die Macht ausübenden Kommunisten nicht identifizierten (das bekannte Schema „wir“ versus „die da oben“).

## Das „wahre Polen“

Auf dieses Dilemma machte Krystyna Kersten sehr treffend aufmerksam: „Der untergeordnete Staat wurde jedoch der polnische Staat: So hat es der Großteil der Bürger gesehen. Die mangelnde Identifikation mit dem Regime war nicht mit einer Ablehnung des Staates identisch. Nach der Bekämpfung des Untergrundes Ende der vierziger Jahre hatte der polnische Staat unter der Herrschaft der Kom-

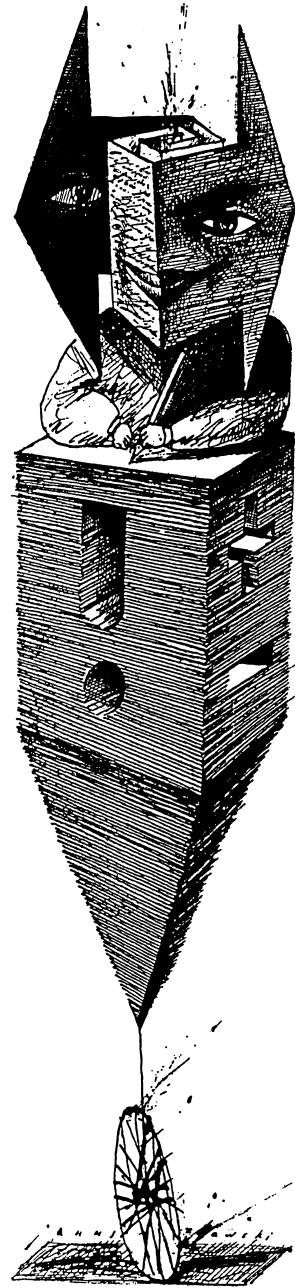
munisten bis in die siebziger Jahre hinein keine Alternative. Eine konsequente innere Emigration wählten nur Vereinzelte. Die politische Emigration, die polnische Regierung im Exil, wurde durch die Massen nicht als das ‚wahre Polen‘ angesehen, das der ‚VRP‘ entgegengestellt werden konnte. Die historischen Vorbilder: Die Teilungszeit, die Okkupation hatten nichts mit der [kommunistischen] Wirklichkeit zu tun, in der die nachfolgenden Generationen der Polen aufwuchsen. Die Kinder gingen in die polnische Schule, Gegner des Kommunismus bekleideten widerstandslos leitende Posten, nahmen Auszeichnungen und Staatspreise entgegen. Das Militär wurde als polnisch betrachtet, obschon deren Führungskader an sowjetischen Hochschulen ausgebildet wurden.“ Der Meinung mancher Historiker zum Trotz fällt es schwer, die Volksrepublik Polen als einen totalitären Staat zu bezeichnen. Zwar wurde versucht, totalitäre Grundlagen dieses Staates in den Jahren 1949 bis 1956 zu legen (die so genannte Stalin-Zeit), aber sie wurden nie verwirklicht. Die von den Kommunisten unternommenen Versuche zur Schaffung einer monolithischen Partei mit einem charismatischen Führer endete in einem Fiasko. Die damals vorangetriebene marxistisch-leninistische Ideologie setzte sich – die wenigen Bekenner des „Neuen Glaubens“ ausgenommen – in den breiten Kreisen der Gesellschaft nicht durch, und die Informationssperre (*izolacja informacyjna*) wurde aufgrund der Tätigkeit alternativer Informationsquellen (westli-

che Radiosender, Schmuggeln von Exilliteratur und dergleichen) niemals erreicht. Ähnlich sah die Situation in Bezug auf den Terror aus, der trotz der großen Zunahme in der Stalin-Zeit widerständiges Verhalten nicht völlig ausschaltete; der Terror trug in gewissem Sinne sogar zur Verstärkung widerständigen Verhaltens bei. Die Gründe für den Misserfolg der Kommunisten in Polen sollte man nach Meinung von manchen Historikern in der nationalen Identität und Religiosität suchen. Das waren die Merkmale der Polen, die durch Jahrzehnte herausgebildet worden waren. Dank dieser Merkmale ist es den Polen gelungen, die Teilungszeit zu überleben und die Hoffnung auf die Wiederherstellung des unabhängigen Staates nicht aufzugeben.

### Zunehmende Differenzierung

Ende der neunziger Jahre begann sich dieses ideale Bild der polnischen Gesellschaft zur Zeit des Kommunismus zu differenzieren, in der historischen Forschung (mit Berücksichtigung der soziologischen Forschungsergebnisse) wurde der negative, demoralisierende Einfluss des Lebens im sozialistischen System auf die Mentalität der Gesellschaft gesehen. Es wurde während der langen, heftigen Diskussionen über die Art und Weise der Durchführung der Lustration darüber hinaus bewusst, dass eine breite Öffnung der Archive des Sicherheitsdienstes wie in der ehemaligen DDR zur Revision der Meinung über das angeblich geringe Ausmaß an Zusammenarbeit der polnischen Gesellschaft mit den Geheimdiensten führen müsse.

In den Forschungen über die VRP kann man auf andere Probleme hinweisen, wie etwa auf die Wirtschaft der VRP. Dieses Problem wird innerhalb der Gesellschaft sehr differenziert betrachtet – das schwierige Leben im Kapitalismus verursacht sogar eine Art Nostalgie und Sehnsucht nach dem armen, aber das Minimum an



Sicherheit gebenden Sozialstaat. Immer noch fehlen gut dokumentierte Arbeiten über die Wirtschaftspolitik der nachfolgenden Parteiführer, wie zum Beispiel Giereks, der als Erster in großem Maße Auslandsanleihen nutzte. Es scheint, dass in der zeithistorischen Forschung über

die VRP eine Dezentralisierung stattfindet. Sie beschränkt sich nicht mehr nur auf Warschau, sondern wird auch in anderen Forschungsstätten in ganz Polen durchgeführt. Es kommen immer wieder neue Publikationen heraus, die das Wirken der kommunistischen Macht in der Region zeigen, über die Haltung der dort wohnenden Bevölkerung informieren, vor allem über den Grad der Abhängigkeit von den regierenden Kommunisten. Diese Tendenz kam besonders im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten des vierzigsten Jahrestages der Juni- und Oktoberereignisse in Polen im Jahre 1956 zum Vorschein.

### Die deutsch-polnischen Beziehungen

Die deutsch-polnischen Beziehungen gehörten in der Vergangenheit zu den schwierigsten. Das Hindernis in ihrer Normalisierung bildete jahrelang die Erfahrungen der Polen und Deutschen vor allem aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und der ersten Monate nach 1945 (die Ausrottungspolitik der Nazis gegenüber Polen und die Vertreibung der Deutschen aus Polen). Internationale Fragen, die Teilung der Welt in zwei entgegengesetzte politische Blöcke und die Teilung Deutschlands in zwei Staaten, in die mit den westlichen Demokratien verbundene Bundesrepublik und die kommunistische DDR, machten die Situation zusätzlich komplizierter. Zwar wurden die Beziehungen mit der DDR schnell aufgenommen, doch die Normalisierung der Verhältnisse mit der Bundesrepublik begannen erst nach 1970. Das Jahr 1989 veränderte auch in dieser Hinsicht die Situation völlig. Polens Abschluss mit dem vereinigten Deutschland Verträge, welche langjährige Konflikte zwischen den beiden Staaten (unter anderem die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze) beendete.

In dieser Atmosphäre wurden unterschiedliche Forschungen unternommen,

deren Ziel die Erforschung der tatsächlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Nationen war. Zu den schwierigsten Problemen gehörte die Frage der Vertreibung der Deutschen aus Polen in den ersten Nachkriegsjahren.

Selbstverständlich wurden diese Forschungen in Polen und der Bundesrepublik seit Jahren geführt. Allerdings gab es keinen Dialog in dieser Frage, der die Staatsgrenzen überschreiten konnte. Der Abschluss der Verträge Anfang der neunziger Jahre ermöglichte die Aufnahme gemeinsamer Forschungen. Es wurden internationale Konferenzen organisiert, neue Quelleneditionen vorgeschlagen. Dabei herrschte die Überzeugung, dass diese Bemühungen ein notwendiges Element im Prozess der deutsch-polnischen Verständigung sind. Die Debatten der Historiker wurden lebhaft in der Presse kommentiert. Sammelbände, welche die Debatten zusammenfassten, erschienen auf dem Büchermarkt. Zu den interessantesten Projekten gehört ohne Zweifel die Herausgabe von Quellensammlungen mit Quellen aus polnischen Archiven. Für die Autoren, die Professoren Borodziej und Lemberg, war von Beginn an klar, dass es nicht reicht, sich allein auf die Beschreibung des Prozesses der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung zu beschränken. Sie nannten ihr Projekt folgerichtig „Deutsche in Polen 1945–1950“. Im Rahmen dieses Projektes sind bislang vier Bände erschienen, der erste Band ist bereits in deutscher Übersetzung erschienen. Dank dieser Publikationen konnte eine wichtige Lücke beim Quellenzugang geschlossen und der Weg für weitere Forschungen eröffnet werden.

Das Interesse am Problem der Aussiedlung der Deutschen beschränkt sich im Übrigen nicht nur auf die Warschauer Historiker. Etwa zeitgleich wurden auch Forschungen in den ehemals deutschen Gebieten aufgenommen. Die Initiative ergriffen Menschen aus der lokalen Bevöl-

kerung. Man organisierte Konferenzen und publizierte Quellen aus den Regionen. Dabei muss man anerkennen, dass diese Arbeiten nicht selten von den früheren Einwohnern der Gebiete östlich von Oder und Neiße unterstützt wurden. Gegenwärtig sieht es so aus, als sei die Aussiedlung der Deutschen eines der am besten bearbeiteten Themen. So ist es gelungen, nicht nur den Verlauf der Vertreibungen zu ergründen, sondern auch die – häufig sehr schwierige – Situation der in Polen verbliebenen Deutschen.

### Wahrnehmung polnischer Schuld

Die Tatsache der Vertreibungen an sich erklärt sich aus den Potsdamer Verhandlungen der Großmächte, das berührt aber nicht die unmenschliche Behandlung dieser Bevölkerungsgruppen. Man kann sagen, dass die Polen erst in den neunziger Jahren zur Kenntnis genommen haben, dass sie gegenüber den Deutschen Schuld haben können. Diese Erkenntnis hatte eine starke moralische Wirkung. Das Interesse für das Schicksal der Deutschen nach dem Krieg lenkte darüber hinaus auch eine besondere Aufmerksamkeit auf die Beziehung Polens und der Polen zum kulturellen Erbe des früheren deutschen Territoriums.

In der Zeit der Volksrepublik Polen war dies ein propagandistisches Problem, man berief sich ausschließlich auf die polnischen Spuren aus der Zeit des Mittelalters. Nicht zuletzt dank der zahlreichen Arbeiten von Historikern rückt nun wieder die ganze Geschichte dieser Gebiete ins Bewusstsein. Sicherlich kann das Kennenlernen dieses Themenkomplexes in Zukunft mit dazu beitragen, ein neues Bewusstsein in den westlichen und nördlichen Gebieten herauszubilden.

### Sowjetische Politik

Die sowjetische Politik gegenüber Polen gehört zu den wichtigsten Themen, die die „weißen Flecken“ in der neuesten Ge-

schichte Polens ausmachen. Für die polnische Gesellschaft war das Schweigen zu diesem Thema von Seiten der kommunistischen Machthaber der beste Beweis für ihre Unterwürfigkeit gegenüber Moskau. In vielen Familien gehörte die Vermittlung der Wahrheit zu diesem Thema zu einer unabhängigen Geschichtsvermittlung.

Dies trifft vor allem auf den Mord an polnischen Offizieren zu, die 1939–1940 in sowjetischer Gefangenschaft waren. In den Schulbüchern tauchten darüber erst in den achtziger Jahren Informationen auf, die von einer angeblichen deutschen Verantwortung sprachen. Die Schuldanerkennung durch die Sowjetunion im Jahre 1990 war für die Polen keine Überraschung, sondern lediglich eine Genugtuung, dass endlich die Wahrheit aufgedeckt worden war. Wie wichtig dieser Aspekt für die neuen polnisch-russischen Beziehungen war, davon zeugt die Tatsache, dass das Archivmaterial zu diesem Thema persönlich vom damaligen Präsidenten Jelzin übergeben worden ist zu dem Zweck, eine erschöpfende Dokumentation des Verbrechens herauszugeben. Zu Beginn der neunziger Jahre dehnte sich das Forschungsinteresse auf die gesamte sowjetische Besatzungspolitik in Polen in der Zeit zwischen 1939 und 1941 sowie auf die erneute Gebietseinnahme 1944 aus. In den ersten Jahren konzentrierte man sich vor allem auf die Repressionen.

Man begann, mit unabhängigen russischen Historikern der Organisation „Memorial“ zusammenzuarbeiten. Es erschienen viele Monografien, Zusammenstellungen und zahlreiche Erinnerungen. Ergebnis dieser vielen Arbeiten war nicht nur eine genaue Bestandsaufnahme, sondern auch die Infragestellung einiger Thesen der Emigrationshistoriografie. Dabei geht es vor allem um die zahlenmäßige Dimension der Repressionen, insbesondere um die Zahl der Deportationen nach Sibirien in den Jahren 1940–1941 und die Höhe der Sterblichkeit unter den polnischen La-

gerinsassen. Die Schätzungen der Emigration, die sich auf Erinnerungen und die Untergrundliteratur stützten, musste man auf ein Drittel nach unten korrigieren. Eine solch dramatische Korrektur der Zahlen provozierte den Widerspruch der Kombattantenverbände und mancher Historiker. Es gelang ihnen jedoch nicht, die in Russland zugänglichen NKWD-Quellen zu widerlegen. Der Zeitraum zwischen 1939 und 1941 scheint inzwischen gut erforscht zu sein. Schlechter steht es dagegen um die Erkenntnisse über die unmittelbare Nachkriegszeit in den früheren polnischen Ostgebieten. Hier ist es schwieriger, an die nötigen Quellen heranzukommen.

Was die polnischen Gebiete östlich des Bugs (die neue Ostgrenze) betrifft, so beschäftigen sich die polnischen Historiker vor allem mit dem sowjetischen Vorgehen gegen die polnische Opposition und mit den Methoden, die neue polnische Regierung Moskau unterzuordnen. Wertvoll sind in diesem Zusammenhang die Veröffentlichungen von Quellen aus Moskauer Archiven. Es sind außerdem Arbeiten erschienen, die sich mit der Tätigkeit der sowjetischen Armee und des NKWD auf polnischem Gebiet beschäftigen (Repressionen, Plünderungen etc.).

Bei den Forschungen zur Zeit nach 1955 rufen vor allem die sowjetischen Haltungen zu den großen Protestereignissen in Polen Kontroversen hervor. Das gilt vor allem für die Jahre 1980–1981. Dabei geht es um die Umstände, unter denen die Regierung Jaruzelski den Kriegszustand ausrief. Die begründete der General mit der Gefahr einer blutigen sowjetischen Intervention. Die zugänglichen sowjetischen Quellen belegen dies allerdings nicht.

Was den Einfluss angeht, den historische Forschungen auf die polnisch-russischen Beziehungen und die gegenseitige Wahrnehmung der beiden Nationen haben, so ist festzustellen, dass er nicht sehr groß ist. Dies hängt in erster Linie mit der

russischen Haltung gegenüber der Vergangenheit zusammen. Im Gegensatz zu den Beziehungen zu den Deutschen ist dieser Dialog weiterhin in der Anfangsphase – was in Polen Irritationen hervorruft. Sichtbar war dies unter anderem während der letzten Visite Putins in Warschau. Im Übrigen muss festgehalten werden, dass es bis heute keine aufrichtige und vollständige Publikation zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen in der Nachkriegszeit gibt.

## Die polnisch-ukrainischen Beziehungen

Forschungen zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen sind bereits sehr weit fortgeschritten. Es ist eine Reihe von Quellenpublikationen erschienen, ebenso Monografien und Dokumentationen polnischer Opfer. Der Massenmord an der polnischen Bevölkerung in den Gebieten, die heute zur Ukraine gehören, erregt großes Interesse insbesondere natürlich bei jenen Bevölkerungsgruppen, die aus diesen Gebieten stammen. Die öffentliche Diskussion wird vor allem auf der Basis der Erinnerung persönlicher Erfahrungen geführt.

Der Dialog wird allerdings erschwert durch die Zurückhaltung auf der ukrainischen Seite. Einer allmählichen Annäherung der beiden Seiten dienen regelmäßig stattfindende polnisch-ukrainische Konferenzen, die unter anderem von dem Zentrum KARTA organisiert werden. Polnische Historiker beschäftigen sich zudem mit der polnischen Politik gegenüber der ukrainischen Bevölkerung, die nach dem Krieg auf polnischem Territorium lebte. Hier geht es vor allem um Repressionen wegen angeblicher Unterstützung von Verbrechen des ukrainischen Untergrundes (unter anderem um die brutale Aussiedlungsaktion im Westen und Norden Polens 1947). Auf diese Art und Weise wird die vor allem aus propagandistischen Gründen gerechtfertigte

schlechte Behandlung der Ukrainer in Polen einer Revision unterzogen.

### Jüdisches Erbe und Antisemitismus

Der Umbruch von 1989 ermöglichte es, sich den schmerzlichen Fragen der polnisch-jüdischen Beziehungen anzunähern, die in der Vergangenheit umgangen oder mit politischen oder propagandistischen Argumenten gerechtfertigt worden waren. Es sind zum Beispiel Arbeiten über die antisemitische Propagandakampagne in der Volksrepublik Polen 1967–1968 entstanden. Das wichtigste Forschungs- und Diskussionsfeld ist sicherlich die Frage der polnisch-jüdischen Beziehungen während des Krieges und unmittelbar danach, unter anderem das Problem der „Szmalcowniks“ (eine Art die jüdische Zwangslage ausnutzende Mafia) und der Pogrome 1945–1946. Diese Themen sind zwar auch schon früher aufgegriffen worden (zum Beispiel von Blonski in den achtziger Jahren), aber erst jetzt können diese Themen in einer größeren Öffentlichkeit diskutiert werden.

Schritt für Schritt begann man auch die Bedeutung der jüdischen Kultur in Polen anzuerkennen, die infolge der Politik der Nationalsozialisten (und später der Kommunisten) weitgehend zerstört worden ist. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurde man sich auch der Notwendigkeit bewusst, im Schulunterricht ein gesondertes Programm einzuführen, das der Geschichte des Holocaust gewidmet ist, der bis dahin nur als ein Element der deutschen Vernichtungspolitik an polnischen Bürgern behandelt worden war. Die Reaktionen in der Bevölkerung zeigten schnell, dass die polnisch-jüdischen Beziehungen auf ein emotionaleres Echo stoßen als die Beziehungen zu den Deutschen. Wie ein Stock, den man in einen Ameisenhaufen wirft, wirkte die Publikation des amerikanischen Historikers polnischer Herkunft, Jan Tomasz Gross. In seinem Buch beschäftigt er sich mit dem

Mord von Polen an ihren jüdischen Nachbarn in der Zeit des Zweiten Weltkrieges – insbesondere im Zusammenhang mit dem Progom in Jedwabne am 10. Juli 1941; hier wurden 1600 Juden bei lebendigem Leib verbrannt.

Zuerst mal wurde gezeigt, dass Polen nicht ausschließlich – übereinstimmend mit dem herrschenden Selbstbild – Opfer des Krieges waren, sondern auch (in bestimmten Situationen) zu Henkern geworden waren. Über Polen auf diese Art zu schreiben rief gewaltigen Widerspruch hervor, besonders in Kreisen der politischen Rechten, die sich bemühten, die Belege, die Gross anführt, infrage zu stellen. Die Debatte über seine Thesen wurde in allen wichtigen Zeitungen geführt. Schließlich nahm sich auch das Institut des Nationalen Gedenkens der Sache an. Es bereitet zurzeit die Herausgabe eines „Weißbuches“ zu diesem Thema vor. Unabhängig von Fehlern, die Gross unterlaufen waren, initiierte das Buch eine Diskussion, in welcher große Mängel und besonders das fragmentarische Interesse und Wissen im polnischen historischen Bewusstsein zu Tage traten. Sichtbar wurden darüber hinaus auch die Lücken im aktuellen Stand der historischen Forschung. Man kann vermuten, dass diese Lücken auch bewusst zugelassen worden sind, da Quellen umgangen wurden, die eigentlich schon lange zugänglich waren (so der Vorwurf von Gross). Dieses Thema ist noch nicht abgeschlossen und wird es wohl noch lange nicht sein.

### Repressionen 1970 und 1981

In den letzten Jahren wurde zwar ein umfangreiches Wissen über die Repressionen von 1970 und 1981 angesammelt. Dennoch bleibt die Frage, wie mit den Verantwortlichen für die Repressionen der stalinistischen Periode oder auch der Jahre 1970 und 1981 umgegangen wird, weiterhin eine Quelle für verhältnismäßig große Unzufriedenheit in der Gesellschaft.

Man kann sogar sagen, dass das Rechtssystem nicht in der Lage ist, unter Berufung auf den Strafkodex über diese Dinge zu entscheiden. Die Verfolgung dieser Verbrechen wird in zunehmendem Maße aktuellen politischen Prioritäten untergeordnet. In den letzten Wochen hat besonders große Empörung hervorgerufen, dass eine Person, die als Staatsanwalt für die Verurteilung Oppositioneller in den achtziger Jahren verantwortlich war, mit einem der höchsten Ämter im Gerichtswesen betraut wurde. Und dies war kein Einzelfall.

Unabhängig von Problemen mit der gerichtlichen Verfolgung von Verbrechen wächst unser Wissen über die Repressivität des Systems der Volksrepublik Polen, über deren Herrschaftsmechanismen und über die dafür verantwortlichen Personen kontinuierlich an. Auch über die Opfer, die zu Unrecht verurteilt worden sind, erfahren wir immer mehr. Dies bedeutet für ihre Familien zumindest eine gewisse Genugtuung. Es gibt immer mehr Ausstellungen und Quellenpublikationen. Die Öffnung der Archive des Sicherheitsdienstes wird mit Sicherheit noch einiges ans Licht bringen.

Die Liste der Themen, die in der letzten Dekade intensiv erforscht worden sind, ließe sich noch erweitern. Zu betonen ist aber vor allem, dass die Debatten über diese Themen sich nicht auf die Studiostuben der Historiker und die Konferenzsäle beschränken, sondern sehr lebhaft auch in der Presse und anderen Massenmedien besprochen werden.

Ohne zu übertreiben, kann man feststellen, dass die Debatte über das Buch von Jan Gross über Jedwabne (2000/2001) sich der größten Resonanz in der Öffentlichkeit erfreut hat. An der Diskussion über dieses nicht sehr umfangreiche Buch hat buchstäblich die ganze Nation teilgenommen sowie die Kirche und sogar der Präsident der Republik Polen. Besonders erhitzt war die Stimmung in der Debatte über diese Publikation immer dann,

wenn die Polen sich mit ihrem eigenen Selbstbild und der Wahrnehmung ihrer Nationalgeschichte konfrontiert sahen. So war es im Fall der Vertreibung der Deutschen und auch in der Debatte über Jedwabne. Das Selbstbild der Polen als heldenhafte Opfer der Geschichte wurde infrage gestellt, und dem gegenüber stand plötzlich die Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld gegenüber anderen Nationen. Dies rief heftige Reaktionen hervor, besonders allerdings im Lager der politischen Rechten.

### Pluralismus in der Forschung

Die Festigung des demokratischen Systems in Polen ebnet auch einem Pluralismus in der Forschung den Weg. Dazu trägt auch der Generationenwechsel bei. Die Debatten werden zunehmend von einer Generation von Historikern geprägt, die ihr Studium in den Wendejahren 1989/1990 beendeten. Damit einher geht eine zunehmend „mutige“ Wahl von Themen, an welche sich von der älteren Generation der Historiker niemand herangetraut hat, da sie häufig selbst vom eigenen tragischen Erleben – zum Beispiel der Kriegszeit – belastet sind.

Nach den jüngst erschienenen Artikeln und Äußerungen zu urteilen, kann man annehmen, dass sich die Historiker in den nächsten Jahren mit Sicherheit Fragen widmen werden, wie etwa der Haltung der Polen gegenüber der deutschen und sowjetischen Besatzung in der Zeit des Zweiten Weltkrieges (Kollaboration), der Frage der Volkslisten, der polnisch-sowjetischen Nachkriegsbeziehungen sowie ferner den Fragen des Verhältnisses zwischen kommunistischer Regierung und Gesellschaft, widerständigen Verhaltens im gesamten Zeitraum des Bestehens der Volksrepublik Polen und Fragen der internationalen Politik. Es sind bereits erste Studien erschienen, die als Vorboten weiterer Arbeiten zu diesen Themenbereichen zu verstehen sind.